

Kein Geld, keine Gemeinschaft

Die sächsischen Kommunen stehen am Abgrund! Die ständigen Warnungen des Städte- und Gemeindetages und des Sächsischen Landkreistages zeichnen ein düsteres Bild: Unsere Landkreise, Städte und Dörfer drohen unter der finanziellen Last zusammenzubrechen. Es ist nicht länger nur eine Frage des Mangels – es ist ein drohender Kollaps! Verantwortlich dafür ist eine Landesregierung, die tatenlos zusieht, während unsere Kommunen im finanziellen Morast versinken.

Die Realität in Sachsen ist brutal: Überlastete soziale Dienste, explodierende Energiekosten, immer neue Aufgaben, die auf die Kommunen abgewälzt werden und eine schamlos unzureichende Finanzausstattung durch Bund und Land führen dazu, dass viele Kommunen schon bald nicht mehr ihre grundlegenden Aufgaben zu erfüllen können. Und dass, obwohl die Verantwortlichen seit Jahren wiederholt auf die Dramatik der Situation hinweisen. Doch die Landesregierung hat sich entschieden, wegzusehen. Sie riskiert so das Ende der kommunalen Selbstverwaltung, zerstört die Handlungsfähigkeit des Staates und gefährdet wichtige soziale Dienstleistungen wie Krankenhäuser oder Schulen. Sie schaufelt damit schlussendlich auch das Grab für den sozialen Zusammenhalt in Sachsen.

Doch es geht auch anders! Ein Blick nach Mecklenburg-Vorpommern zeigt, wie eine verantwortungsvolle Landesregierung handeln kann. Dort haben SPD und Linke in einer rot-roten Koalition bewiesen, dass eine gerechte und auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen möglich ist. Durch kluge Investitionen und eine faire Verteilung der Mittel konnten die Städte und Gemeinden gestärkt werden. Dies muss auch für Sachsen der Weg sein – bevor es zu spät ist.

Unsere Forderungen an die zukünftige Landesregierung in Sachsen sind unmissverständlich und dringend:

1. **Das Geld gerecht verteilen!** Das bestehende Finanzausgleichsgesetz verteilt Mittel nach einem veraltetem und ungerechten Modell. In den Jahren 2025 und 2026 rechnen die Landkreise mit einem Defizit in Höhe von 833 Millionen Euro. Wir fordern eine grundlegende Neugestaltung! Wir müssen die Zuweisungen an die Kommunen erhöhen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können. Der alte Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ muss endlich wieder gelten. So können die Kommunen in Sachsen auch wieder freiwillige Aufgaben übernehmen. Sonst drohen Busverbindungen gestrichen, Schwimmbäder und Kitas geschlossen oder Schulsanierungen abgesagt zu werden! Wir wollen eine Selbstverwaltungspauschale einführen. Damit sollen ausschließlich freiwillige Aufgaben finanziert werden können, um so die Kommunen attraktiv zu halten, für alle Menschen, die darin leben.
2. **Dem Fördermittel-Dschungel ein Ende setzen!** Die Fördermittelverfahren sind ein Hindernisparcours. Wir wollen mehr pauschalisierte Förderungen im Rahmen der Kommunalpauschalenverordnung, um zu verhindern, dass das Förderdickicht immer dichter wird und gleichzeitig Aufgaben ohne Förderprogramm liegen bleiben. Denn die Kommunen wissen am besten, wie sie Ihre Aufgaben erfüllen können. Es muss der Grundsatz gelten: Ausreichende Regelfinanzierung vor Fördermittel. Dort, wo Förderverfahren

sinnvoll sind, müssen Beantragung und Abrechnung einfach und Bürokratiearm gestaltet werden.

3. **Verantwortung übernehmen – für die Menschen, nicht für die eigenen Interessen!** Aktuell wirkt es so, als würde die Landesregierung den Kommunen und den Menschen, die darin leben, nicht vertrauen. Sie muss stattdessen lernen die kommunale Selbstverwaltung wieder als etwas erstrebenswertes zu verstehen. Die Menschen vor Ort können selbst am besten entscheiden, wo ihr Steuergeld am sinnvollsten investiert werden sollte!
4. **Aufgaben neu und fair sortieren!** Viele weisungsgebundene Pflichtaufgaben – wo die Kommunen keinen Spielraum haben – sollten wieder an das Land übertragen werden. So können die Landkreise, Städte und Gemeinden endlich wieder ihre Freiheiten nutzen, anstatt unter der Aufgabenlast zu zerbrechen. Dabei können rechtsfähige öffentliche Landesgesellschaften einen gewaltigen Unterschied machen. Wir denken an eine Landesenergiegesellschaft, eine Landeswohnungsbaugesellschaft, eine Landesinvestitionsgesellschaft und eine gestärkte SAB als Sächsische Investitionsbank.
5. **Abschaffung der Investitionsbremse – JETZT!** Die sogenannte Schuldenbremse stranguliert die Kommunen und verhindert die dringend notwendigen Investitionen. Sie muss sofort abgeschafft werden. Nur so kann der völlige Zusammenbruch der kommunalen Infrastruktur verhindert werden. Es braucht nennenswerte Investitionen in die staatliche und kommunale Infrastruktur, nur so können wir wirklich generationengerecht handeln. Die Carolabrücke in Dresden zeigt: Der finanzielle und gesellschaftliche Schaden vernachlässigter Infrastruktur ist immens.

Die Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens haben genug von einer Politik, die sie im Stich lässt. Es ist höchste Zeit für einen radikalen Kurswechsel! Die Zukunft unserer Kommunen und damit die Zukunft unseres Freistaates und des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Land steht auf dem Spiel. Wir fordern eine Politik, die nicht länger den Untergang verwaltet, sondern aktiv und mutig gegensteuert und unsere Zukunft gestaltet!

**Beschlossen vom Landesvorstand von Die Linke Sachsen
auf der Klausur am 27./28. September 2024**